This page was exported from - Spandauer Mieterverein für Verbraucherschutz e.V.
Export date: Wed Nov 25 1:46:41 2026 / +0000 GMT

Verbraucher in Angst und Schrecken am Waldschluchtpfad

Auf der gestern stattgefundenen Veranstaltung, die sehr kurzfristig in eine Schule der Jaczostraße in Spandau verlegt worden ist, haben ca. 150 bis 200 Anwohner überwiegend ihren Unmut über die Geschehnisse am Waldschluchtpfad geäußert. Sie gaben überwiegend Sicherheitsprobleme an, diese reichten von einfachen Belästigungen über erhebliche Lärmbelästigung, Diebstähle im Allgemeinen, bis hin zu Vergewaltigungen. Der Vertreter unseres Vereins war zutiefst erschrocken als auf die Bemerkung von Anwohner geäußert wurde, dass es sich hierbei um eine Tat bzw. Taten gehandelt haben soll, die untereinander bei den Asylbewerbern stattgefunden haben soll. Unser Präsident sagt dazu: ?Eine solche Anmerkung ist in unserer Gesellschaft, die von Humanität und Gerechtigkeit getragen sein sollte, nicht hinnehmbar und der Opferschutz gilt in diesem Fall ganz genauso ohne Einschränkung.? Die klagenden Anwohner haben den Ausführungen der anwesenden Politiker über eine Stunde zugehört, bis einige dann mit sehr unzufriedenen Mienen den Veranstaltungsort verlassen haben. Auch nach der Veranstaltung bleibt festzuhalten, dass nicht genau festgestellt werden konnte, wann die Standorte Waldschluchtpfad und Motardstraße geschlossen werden können. Zurzeit bleibt festzustellen, dass gerade eine neue Asylbewerberunterkunft eröffnet werden konnte am Rohrdamm. Dies ist auch noch kein Indiz für die Schließung der vorgenannten Einrichtungen und auch die Hinweise auf einen abgeschlossenen Mietvertrag für weitere Unterkünfte an der Schmidt-Knobelsdorf-Straße in Spandau sind nicht geeignet anzunehmen, dass andere Standorte geschlossen werden könnten. Die Menschen hatten jedenfalls nicht den Eindruck, dass ihre Probleme ernst genommen werden und sie weiterhin der veränderten Sicherheitslage ausgesetzt sind. Viele Bürger hatten den Anspruch formuliert, durch höhere Sicherheitsmaßnahmen besser geschützt zu werden. Ihre Enttäuschung über das Ergebnis der Veranstaltung war Ihnen ins Gesicht geschrieben. Unser Präsident erwartet eine Überprüfung des Bezirksamts, sowie durch die zuständige Senatsverwaltung und dass bei gleichzeitiger Überprüfung der Gesetzeslage und ihren Ausführungsbestimmungen auf Bundes- und Landesebene.

Seit längerer Zeit ist bekannt und nunmehr auch heute in einem Zeitungsartikel zu lesen, dass die alte Stadtbibliothek an einen Verein übertragen werden soll, der noch nicht hinreichend geprüft ist, ob er nicht möglicherweise extremistisch ist. Dies ist ein weiterer Vorgang in unserem Bezirk der Erstaunen hervorruft und sicherlich auch bei den Bürger nicht unbedingt gut ankommt. Die Führung in unserer Stadt spiegelt sich wieder bei Matthäus 22,14: **?Viele sind berufen, aber wenige sind auserwählt.?**